

Die Festung Europa bekämpfen
Bundeslager sabotieren



Thun, März 2016

Staat und Nation hinter sich lassen

Nur weil per Zufall ein rotes Büchlein in der eigenen Tasche steckt, sind viele überzeugt davon, mehr Anspruch auf Bewegungsfreiheit zu haben als andere.

Die Schweiz ist wie alle Staaten ein Konstrukt, das gewissen Menschen erlaubt, über das definierte Territorium und alle sich darin befindenden Lebewesen zu regieren. Wer sich den Gesetzen nicht fügen will, wird unter Androhung und wenn nötig Ausführung der Gewalt des Staates dazu gezwungen, ihnen zu gehorchen.

Während kein Mensch, der hier geboren wurde, sich dieser Gesellschaft einfach so entziehen kann, wird anderen, getrieben durch den Wunsch nach lebensnotwendigen Gütern, Schutz oder Perspektiven, der Eintritt verwehrt.

Der Zwang von Zugehörigkeit und Ausschluss aus einem Territorium hört an keiner Grenze auf, denn inzwischen ist die Welt aufgeteilt. Der Kapitalismus wütet immer noch und stellt die Menschen in einen globalen Überlebenskampf gegenseitiger Konkurrenz. Weltweit haben über 60 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen in der Hoffnung auf ein erträgliches Leben. Die Ausbeutung von Menschen und natürlichen Ressourcen durch westliche Wirtschaftsstaate, drängt viele in die Flucht.

Die Staaten Europas arbeiten derzeit auf Hochtouren an der Sicherung der europäischen Aussengrenzen. Die Türkei wird von den Schengen/Dublin-Staaten mit massiven finanziellen Mitteln unterstützt, um die Balkanroute endgültig zu schliessen. Bereits in der Türkei soll die gewünschte Quote von Menschen herausgesiebt werden, die eine Einreiseerlaubnis nach Europa erhalten. Die meisten Geflüchteten sollen nie europäisches Festland betreten, und falls sie es doch erreichen, werden viele wieder ausgeschafft.

Die Schweiz beteiligt sich an der Grenzschutzagentur Frontex, welche für die Kontrolle der europäischen Aussengrenze zuständig ist. Durch repressive Massnahmen wird Migration nicht verhindert, die fortschreitende Militarisierung der Grenzen ist ein Krieg gegen papierlose Menschen. Alle, die sich in irgendeiner Form an der Aufrüstung und der Kontrolle beteiligen, sind verantwortlich für den Massenmord an den Grenzen.



Asylgesetz und Bundeslager in der Schweiz

Seit das Asylgesetz in der Schweiz existiert, wird es regelmässig verschärft. Mit jeder Änderung wird die Schraube weiter nach rechts gedreht: Haftdauern in den Knästen werden erhöht, Geldabgaben in Asylzentren werden gekürzt, Rekursfristen im Asylverfahren minimiert, Fluchtgründe wie Militärdienstverweigerung werden aus der Liste gestrichen.

Die neuste Entwicklung aus der Feder von Simonetta Sommaruga sieht vor, die Asylsuchenden in grossen Lagern, sogenannten „Bundesasylzentren“, zu konzentrieren. 60% aller Asylgesuche sollen innerhalb von 140 Tagen abgehandelt sein. Schnellere Verfahren und Asylentscheide mögen für viele sinnvoll klingen, in Wirklichkeit dienen sie einzig dem Staat und nicht den Asylsuchenden. Fast alle Gesuche, die in einem Schnellverfahren behandelt werden, werden abgelehnt. Für Nichtjurist_innen und Nichtdeutschsprachige ist es nahezu unmöglich, eine Rekursfrist von 5 Tagen einzuhalten. Das Ziel der Bundesasylzentren ist offensichtlich möglichst viele Personen möglichst schnell wieder auszuschaffen.

In den Bundesasylzentren werden gefängnisähnliche Strukturen aufgebaut, welche die Asylsuchenden vom Rest der Bevölkerung isolieren sollen. So werden künftig alle Akteur_innen im Asylverfahren (Befrager_innen, Dolmetscher_innen, Dokumentenprüfer_innen, etc.) unter dem selben Dach agieren. Alle Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere werden an einem zentralen Ort konzentriert, mit dem Ziel, sie einfacher kontrollieren zu können. Durch strikte Regeln und Androhung von Massnahmen werden die Insass_innen erpresst und gefügig gemacht. Wer sich nicht an die völlig peniblen Hausregeln hält, wird bestraft und soll in ein „besonderes Zentrum“ überführt werden. In den geplanten „besonderen Zentren“ werden die Menschen vermutlich 24 Stunden am Tag eingesperrt. Zudem sind spezielle „Rückführungszentren“ in Planung, indem die Geflüchteten bis zu ihrer Ausschaffung gefangen gehalten werden.

Für uns stellen die neuen Bundeslager aber nicht die entscheidende Verschärfung im Asylgesetz dar, die es zu bekämpfen gilt. Wir sind nicht daran interessiert, darüber zu diskutieren, wie das Asylsystem besser, schöner und effektiver gestaltet werden kann. Das gesamte System von Kategorisierung in echte und unechte Flüchtlinge, die Einteilung in ökonomisch verwertbare oder unverwertbare Ausländer_innen ist eine rassistische und egoistische Unterdrückung von geflüchteten Menschen.

Wir stellen uns gegen eine Gesellschaft, die auf neoliberaler Konkurrenz, demokratischer Fremdbestimmung, und Gewinnmaximierung aufgebaut ist.

Wir wollen eine neue Gesellschaft, weche auf Solidarität und gegenseitige Hilfe basiert, in der alle Menschen selbstbestimmt leben können. Damit dies möglich ist, müssen die Grenzen fallen und alle Nationen aufgelöst werden.

Bundeslager auf dem Waffenplatz Thun

Seit Mitte Dezember 2015 werden rund 300 geflüchtete Menschen auf dem Armeegelände am Rande der Stadt Thun untergebracht. Was Peter Siegenthaler (Vorsteher der Direktion Sicherheit und Soziales der Stadt Thun und SP-Mitglied) ein „menschenswürdiges Zuhause“ nennt, ist eine leere offene Panzerhalle mit minimalen sanitären Anlagen und dreistöckigen Hochbetten.

Hausordnung und Regeln

Die gefängnisähnlichen Strukturen verunmöglichen den Menschen jegliche Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit. Einige der bedeutendsten Einschränkungen im Lagerleben sind:

- Ausgangssperre von 17:00 nachmittags bis 9:00 morgens
- Abgabe von elektronischen Geräten wie Handys, Fotoapparaten, Videokameras und vermögenswerten Gegenständen. (Rückgabe bei Austritt)
- Durchsuchungen bei jedem Betreten des Lagers
- 3.- CHF Taschengeld pro Tag
- kein eigenes Essen oder Kochmöglichkeiten
- minimale Sanitäre und medizinische Versorgung
- keine Privatsphäre und Möglichkeiten zur selbstbestimmten Tagesgestaltung



Kontrolle und Rassismus

Im Lager gelten strenge Regelungen, die bei Missachtung mit Sanktionen (Streichung des Taschengeldes, Zwangsarbeit oder Ausgangssperre) bestraft werden. Die Sicherheitsfirma Securitas AG ist rund um die Uhr anwesend und wird bei Bedarf von Polizei und Feuerwehr unterstützt. Beim Betreten des Lagers werden die Geflüchteten penibel durchsucht und müssen für alle mitgebrachten Gegenstände Kassenbons vorweisen. Zudem wurde eine 24h-Hotline eingerichtet, auf der sich besorgte Bürger_innen zu jeder Tages- und Nachtzeit melden können.

Auch in der Stadt wurden Personenkontrollen nichteuropäisch aussehender Menschen intensiviert, sodass die Geflüchteten auch tagsüber, ausserhalb des Lagers, ständiger Kontrolle und Rassismus ausgesetzt sind. Dies zeigte der rassistische Polizeiübergriff vom 9. Februar, bei dem sich zwei Geflüchtete einer Durchsuchung in der Öffentlichkeit widersetzen, worauf einer von der Polizei und einem Mob rassistischer Passant_innen gewaltsam zubodengedrückt und getreten wurde und daraufhin in Ausschaffungshaft gesetzt wurde.

Kaffee und Kuchen reichen nicht

Mit Kaffee, Kuchen, Kleidern, Sportprogramm und Internetzugang zeigen sich viele Freiwillige solidarisch mit geflüchteten Menschen mit dem Ziel, deren Alltag zu verbessern solange diese dankbar sind und sich an die Regeln halten. Sie sollen „von ihrem kurzen Aufenthalt in Thun eine positive Erfahrung mit auf ihren weiteren Weg“ nehmen. Sobald sich die Geflüchteten aber gegen die ständige Diskriminierung, Kontrolle, Entwürdigung und Unterdrückung wehren, können sie nicht mehr auf die Solidarität oder Unterstützung zählen. Die Weigerung der beiden Erwähnten sich durchsuchen zu lassen kritisiert Heinrich Gartentor von Thun4Refugees folgendermassen: „dieses Verhalten ist unentschuldigbar [...], dieses Verhalten wirft ein schlechtes Licht auf alle.“

Präventive Beschäftigung als Art der Solidarität, die den gewünschten, reibungslosen Ablauf von Asylverfahren fördert, hilft vor allem der ORS und den staatlichen Institutionen, nicht aber den Geflüchteten selbst. Denn egal wie schön die Sportnachmittage oder wie lecker der Kuchen, der kurze Aufenthalt und die entwürdigenden, diskriminierenden, rassistischen Asylverfahren enden meist mit Ausschaffung.

Stopp Bullenübergriff

Hier wo wir gerade stehen, stoppte am 9. Februar eine Polizeipatrouille drei junge dunkelhäutige Männer und wollte diese kontrollieren und durchsuchen. Verständlicherweise verweigerten zwei Personen die Durchsuchung in der Öffentlichkeit. Daraufhin wollten die Polizisten_innen die Betroffenen sofort festnehmen. Unterstützt durch rassistische Passant_innen wurden sie massiv beleidigt, bedroht und schliesslich zu Boden gedrückt. Während die Polizei die Betroffenen festhielt, begannen mehrere Leute auf die am Boden Liegenden einzutreten. Ein Mob rassistischer Zuschauer_innen heizte die Stimmung weiter an. Die zwei Personen, die sich der Polizeikontrolle widerstetzten wurden anschliessend ins Gefängnis gesteckt. Einer wurde verletzt, der andere kam in Ausschaffungshaft.

Solche niederträchtigen und rassistischen Übergriffe von Polizei und Rassist_innen sind nicht weiter erstaunlich, da sie die logische Folge der Asylpolitik des Staates und seiner Kategorisierung der Menschen sind.

Die Polizei vedrehte in ihrem Communique wieder einmal komplett die Tatsachen und stellte sich als Opfer dar, was von der bürgerlichen Presse völlig unkritisch kopiert und abgedruckt wurde. Von allen Seiten wurde auf die Migrant_innen eingedroschen, sogar ein Vertreter von Thun4Refugees zeigte seine rassistische Fratze und verlangte, dass alle Migrant_innen dankbar für ihre Unterdrückung sein sollen und sich auf keinen Fall dagegen zur Wehr setzen.

Wir bewundern den Mut, sich gegen die Polizei zu wehren, auch wenn eine direkte Ausschaffung droht. Wir solidarisieren uns mit allen vom Asylregime Betroffenen.

Stopp Gefängnis

So wie alle Regionalgefängnisse im Kanton Bern werden auch hier Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht vollzogen. Das Regionalgefängnis Thun betreibt 12 Ausschaffungshaft-Zellen.

Hier werden Migrant_innen eingesperrt, welche für die Wirtschaft überflüssig und dem Staat somit unerwünscht sind. Dies trifft Menschen, welche nach abgelehntem Asylgesuch das Land nicht verlassen wollen. Migrant_innen, die sich ihrer Unterdrückung nicht fügen, haben keine Chance auf eine Aufenthaltsbewilligung. Das zeigte sich einmal mehr bei der rassistischen Personenkontrolle vom 09. Februar.

Das Gefängnis ist die ständige Drohung der Mächtigen, mit der sie die Menschen unter Kontrolle halten wollen. Es ist die letzte Konsequenz für all jene, welche sich den Gesetzen nicht beugen und die Realität nicht so akzeptieren wollen.

Lasst uns diese Mauern niederreissen und mit ihnen diese marode Gesellschaft, die ohne Gefängnisse und Repression nicht existieren kann.

Freiheit für alle Gefangenen!

Stopp Ruag

In Thun werden soviele Waffen produziert wie sonst nirgends in der Schweiz. Zahlreiche Rüstungsfirmen wie Ruag, Ammotec, B&T AG oder Saab Bofors Dynamics produzieren in dieser Stadt in diesem Moment Waffen, welche von Kriegsführenden Nationen benutzt werden. Alleine im Jahr 2015 genemigte das SECO Kriegsmaterialexporte im Wert von rund einer halben Milliarde Franken.

Solche Firmen verursachen weltweit das Morden und Töten. Der Krieg ist eine Ursache von Flucht und Migration. Eine Ursache, welche von sogenannten „friedliebenden“ Nationen wie der Schweiz gefördert wird. Refugees welcome reicht nicht! Nieder mit jeder Waffenproduktion. Der Krieg beginnt hier.

Stopp Saab

Neben der Ruag hat auch der schwedische Rüstungskonzern SAAB in Thun eine Munitionsfabrik. Die Saab Bofors Dynamics Schweiz ist eine Tochterfirma der Saab-Gruppe, die auch das Kampfflugzeug Gripen herstellt. In Thun produzieren sie Gefechtsköpfe, Mörsergranaten, sowie „nicht lethale Wirkmittel“. Diese sind «Im Prinzip[...] Munition, die keine tödliche Wirkung haben», sagt Stephan Kocher, der CEO der mit dem Krieg sein Geld verdient. Wir erinnern an Rémi Fraise, den französischen Demonstranten, der vor einem Jahr, von gleichen „nicht tödlichen“ Waffen von der Polizei ermordet wurde. Produziert wurde diese Munition von einer weiteren Thuner Firma : die B&T AG.



Stopp Lager

Für uns stellen die neuen Bundeslager nicht die entscheidende Verschärfung im Asylgesetz dar, die es zu bekämpfen gilt. Wir sind nicht daran interessiert, darüber zu diskutieren, wie das Asylsystem besser, schöner und effektiver gestaltet werden kann. Das gesamte System von Kategorisierung in echte und unechte Flüchtlinge, die Einteilung in ökonomische verwertbare oder unverwertbare Ausländern ist eine rassistische Unterdrückung von Menschen.

Wir stellen uns gegen eine Gesellschaft, die auf neoliberaler Konkurrenz, demokratischer Fremdbestimmung, und Gewinnmaximierung aufgebaut ist.

Wir wollen eine neue Gesellschaft, welche auf Solidarität und gegenseitige Hilfe basiert, in der alle Menschen selber bestimmen können wo und wie sie leben wollen. Damit dies möglich ist, müssen die Staaten fallen und alle Grenzen aufgelöst werden.

